

Vorlage zur Kenntnisnahme

für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 29.04.2021

1. Gegenstand der Vorlage: Abschlussinformation zum Ersuchen der BVV, Ds-Nr. 602/VIII aus der 22. BVV vom 28.06.2018

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bekämpfen

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme gebeten:

Dem Ersuchen der BVV wurde und wird gefolgt.

Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus sowie weiteren Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Auf den Werten wie Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit beruht ein gutes und solidarisches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Überzeugung. Sie werden jedoch immer wieder angegriffen. Menschen- und Demokratiefeindlichkeit hat viele Gesichter: Sie reicht von Rechtsextremismus über Antisemitismus, Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit, islamistischen Extremismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit bis zu linkem Extremismus.

Demokratie muss jeden Tag neu mit Leben gefüllt werden. Sie braucht Menschen, die demokratische Kultur leben, sie erhalten und gestalten. Um diese Menschen zu stärken, gibt es das Bundesprogramm "Demokratie leben!".

Mit dem Programm fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit 2015 zivilgesellschaftliches Engagement für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander und die Arbeit gegen Radikalisierungen und Polarisierungen in der Gesellschaft.

Die Involvierung der Sportvereine ist zuvorderst als Aufgabe des Landessportbundes bzw. des Bezirkssportbundes und anderer spezifischer Dachorganisationen zu betrachten. In der Umsetzung des Sportförderungsgesetzes, in der Sportanlagen-Nutzungsvorschrift (SPAN) bzw. in der Bereitstellung von Sportanlagen durch das Schul- und Sportamt ist per se schon jede Form der Diskriminierung ausgeschlossen.

Unser Bezirk beteiligt sich mit zwei Partnerschaften für Demokratie an diesem Programm, dessen Schwerpunkte darauf ausgerichtet sind, die Demokratie zu fördern, Vielfalt zu gestalten und Extremismus vorzubeugen. Die Partnerschaft für Demokratie Marzahn und Hellersdorf sind Teil eines Netzwerks von Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, freien Trägern, der Anwohnerschaft und Wissenschaft. Dieses Netzwerk hat zum Ziel, demokratische Strukturen in Hellersdorf zu fördern beziehungsweise zu implementieren. Dabei ist es ein besonderes Anliegen, den Hellersdorfer Bürgerinnen und Bürgern Beteiligungsmöglichkeiten zur Gestaltung ihres eigenen Lebensumfeldes zu eröffnen: Es werden Angebote zur Verfügung gestellt, die erfahrbar machen, wie man auch als Einzelperson in einer demokratischen Gesellschaft wirksam werden kann.

Ziele der Partnerschaften für Demokratie sind

- demokratisches Engagement vor Ort fördern und die Zivilgesellschaft stärken
- Verfahren demokratischer Beteiligung entwickeln und etablieren
- öffentliches Engagement stärken (unter anderem gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie darauf bezogene Formen der Diskriminierung) und in Bezug auf alle demokratie- und rechtstaatsfeindlichen Phänomene sensibilisieren
- fachliche Ansätze im Rahmen unterschiedlicher Projekte umsetzen sowie Knowhow im Umgang mit den von "Demokratie leben!" bearbeiteten Herausforderungen und Problemlagen aufbauen
- Kultur der Unterstützung und Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements in den Themenfeldern von "Demokratie leben!" entwickeln und Dialog zu Sicherheit und Prävention etablieren

Neben der Vielzahl von Maßnahmen werden insbesondere auf den jährlich stattfindenden Demokratiekonferenzen grundsätzliche Entwicklungen, Probleme und Phänomene und der Umgang damit diskutiert. So z.B. stand die Demokratiekonferenz am 16.11.2019 unter dem Motto: „Demokratieplan für Marzahn-Hellersdorf: Gemeinsam mehr erreichen – aber wie?“ und am 16.11.2020 unter dem Motto: „Demokratie in der Vertrauenskrise?“.

Die jährlich erscheinenden Demokratieberichte für Marzahn-Hellersdorf analysieren zudem nicht nur die aktuellen Entwicklungen im Bezirk, dort werden auch die demokratischen Handlungsschwerpunkte für den Bezirk formuliert.

Dagmar Pohle
Bezirksbürgermeisterin

Gordon Lemm
Bezirksstadtrat für Schule, Sport,
Jugend und Familie